

Gefährdung der gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie

I.

Überflächlich gesehen erscheint die Demokratie einfach als die Technik des Mehrheitsprinzips, dessen Vorteil es ist, gewaltlose Entscheidungen über umstrittene Fragen zu ermöglichen. Als solche ist sie ein notwendiges Übel, denn niemand wird ernstlich behaupten, daß die Zählung der Stimmen stets die jeweils weiseste Entscheidung sichere. Wenn ich mich mit der Demokratie unter diesem Gesichtspunkt abfinden soll, muß ich den inneren Frieden des Gemeinwesens höher bewerten als die unbedingte Verwirklichung eigener Ideen oder Interessen; ich muß überzeugt sein, daß das Gemeinsame zwischen mir und andersdenkenden Mitbürgern wichtiger ist als das Trennende, und daß niemand — auch ich selbst nicht! — ein Monopol des Gemeinnsinns und der Wahrheitskenntnis besitzt. Nur hieraus kann der Relativismus der Werte und die Toleranz gegenüber den Werten anderer — soweit sie nicht die Möglichkeit demokratischer Verfahren selbst gefährden — erwachsen, die zur Annahme des Mehrheitsprinzips erforderlich sind.

Man kann aber die Demokratie auch unter einem weiteren und vielleicht etwas tieferen Gesichtspunkt betrachten, als *eine spezifische gesellschaftliche Lebensform*, und zwar als diejenige, welche die vielseitigste und intensivste Beteiligung der Mitglieder eines Sozialgebildes an seiner Formung bedeutet — wobei es sich nicht etwa nur um den Staat handelt, sondern auch um Familie, Schule, Betrieb, Verein, Verband und Gemeinde. In diesem Sinne bedeutet Demokratie maximale Streuung der Beratungs- und Entscheidungsbefugnisse. Sie bildet den Gegenpol zu schichtungsbetonten, hierarchisch gegliederten, gestrafften, zentralisierten, auf Befehl und Gehorsam gegründeten Herrschaftsordnungen. Sie nährt sich vom genossenschaftlichen Lebensgefühl, kann allerdings in der Praxis kaum je der herrschaftlichen Zwangsgewalt, als letzten potentiellen Mittels zur Durchsetzung ihrer Ordnung, entbehren. Es ist relativ nebensächlich, ob dieses Lebensgefühl aus der egalitären Überzeugung entspringt, welche die „Gleichheit aller, die Menschenantlitz tragen“ als Naturrecht proklamiert, oder aus der Erfahrung des Aufeinander-Angewiesenseins der Genossen oder aus dem Bedürfnis nach Nutzbarmachung der größtmöglichen Vielfalt von Gesichtspunkten und Kenntnissen. Gewöhnlich haben alle drei Elemente daran teil.

Demokratie als Technik des Mehrheitsprinzips kann „formell“ überall angewandt werden. Aber sie wird zu einer Farce, sobald sie nicht auf der Grundlage der Demokratie als gelebter gesellschaftlicher Existenz ruht. Ob ein Stimmberechtigter von seinem Recht Gebrauch macht, ob er es nicht nur als Recht, sondern auch als Pflicht betrachtet, und wie er es dementsprechend betätigt, hängt davon ab, ob er an demokratischen Beziehungskreisen beteiligt ist. Er kann es nur sein, wenn er mit den Fragen, an deren Entscheidung er mitwirken soll (wenn auch „nur“ als Wähler oder Abstimmender) in vierfacher Weise verbunden ist: durch seelisches und geistiges Interesse, durch Verständnis, durch Mitberatung und durch Mitverantwortung. Alle vier Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um echte Beteiligung zu ermöglichen. Sie können es nur sein, wenn der Abstand zwischen Mensch und Sache nicht so weit ist, daß jedes Verständnis — ja schon echtes Interesse — unmöglich wird, und damit erst recht Mitberatung und Mitverantwortung.

Interesse wiederum setzt solidarische Haltung, Anerkennung der „Wir-Sphäre“ und ihrer vitalen Bedeutung für das Ich voraus. Verständnis ist nur möglich, wenn die zu entscheidenden Fragen innerhalb des Bereiches der Kenntnisse und Erfahrungen des zu Beteiligten liegen. Die Möglichkeit der Mitberatung durch echte Diskussion setzt eine „offene“ Gesellschaftsordnung voraus, in der kein effektives Monopol einer Macht- oder

Bildungselite anerkannt wird. Das Bewußtsein der Mitverantwortung schließlich bedeutet, daß der einzelne sich als (mit)tragendes Subjekt und nicht als duldendes Objekt oder detachiertes Anhängsel des Sozialgebildes betrachtet.

II.

Ein demokratisch strukturiertes Sozialgebilde ist also ein *Gemeinwesen* — etwas, was von seinen Mitgliedern als ihnen allen gemeinsames Wesen empfunden wird — und es ist aus diesem Grunde, mehr als jede andere Gesellschaftsordnung, angewiesen auf gut funktionierende *Kommunikationen*, in horizontaler und vertikaler Richtung, Kommunikationen als zwischenmenschliche Beziehungen, die auf dem *Austausch* — nicht der einseitigen Übermittlung! — von Ideen, Informationen und Kontrollfunktionen beruhen. Deshalb erfordert Demokratie die sorgfältigste Pflege der *Strategie der Zusammenarbeit* — anstatt der des Kommandos.

Die demokratische Lebensweise — ich sage nicht: die demokratische Ideologie — erwuchs in relativ kleinen Sozialgebilden, unter einfachen, für die meisten Mitglieder überschaubaren und verständlichen Verhältnissen. Für die Schweiz hat *Hermann Weilenmann* den Begriff der „Demokratie der kleinen Gruppen“ geprägt¹). Auch die amerikanische Gesellschaft, die *Thomas Jefferson*, ihr einflußreichster Denker, kannte, war im wesentlichen kleinräumig und ländlich. Ihre größten Städte hatten kaum 40 000 Einwohner. Die industrielle Revolution hatte sich noch kaum bemerkbar gemacht. Historisch gesehen sind seitdem knapp eineinhalb Jahrhunderte vergangen — soziologisch betrachtet aber mehrere Jahrtausende; denn das Zeitalter Jeffersons stand in seinen grundlegenden Lebens- und Arbeitsweisen und in dem Ausmaß seiner Naturkenntnis und Naturbeherrschung der Antike sehr viel näher als uns.

Inzwischen sind wir in eine neue Kulturphase eingetreten — die der umfassenden geistigen, materiellen und gesellschaftlichen *Dynamisierung*. Sie hat einerseits die demokratische Ideologie über die ganze Erde verbreitet und als die allein „salonfähige“ proklamiert (denken wir nur an den naiven Pleonasmus der „Volksdemokratien“!), andererseits aber dem „Durchschnittsmenschen“ (ich bitte um Nachsicht für diesen lediglich andeutenden Begriff) sowohl die Orientierung in seiner gesellschaftlichen Umwelt wie die Beteiligung an ihr mittels wirksamer Kommunikationen ernstlich erschwert und hierdurch eine Voraussetzung der Demokratie gefährdet. Die hauptsächlichlichen Elemente dieses Prozesses sind:

1. Die *Dynamik* der Naturwissenschaften, der Technik, der Wirtschaft und, hiermit zusammenhängend, der Lebensformen, der Berufe und der gesellschaftlichen Schichtung, mit stets neuen Anforderungen, denen gegenüber .sich unsere Verständnis- und Wandlungsfähigkeit oft als unzureichend erweist.

2. Die *wachsenden Räume* — bereits weit über unseren eigenen Planeten hinaus —, deren Erschließung und Nutzung die heutigen Mittel der Naturbeherrschung uns erlauben, während sie uns aber auch gleichzeitig deren machtmäßige Kontrolle als Bedingung des Überlebens im weltpolitischen Konflikt aufzuerlegen scheinen.

3. Die *wachsende Menschengzahl*, mit ihren Konzentrationen in großstädtischen Agglomerationen und der Verstädterung auch bisher ländlicher Lebensweisen.

4. Die *wachsende Verwissenschaftlichung* und damit Spezialisierung der „Wissenden“ als Folge gerade der Kompliziertheit nicht nur der technischen, sondern auch der gesellschaftlichen Zusammenhänge, denen gegenüber bloßer „gesunder Menschenverstand“ und persönliche Erfahrung so oft versagen, und damit die Konzentration der effektiven Entscheidungsmacht in den Händen von Fachleuten.

1) Hermann Weilenmann, *Pax helvetica oder die Demokratie der kleinen Gruppen*, Erlenbach-Zürich 1951. — Zum Verständnis der historischen Grundlagen der schweizerischen Demokratie sei besonders auf Richard Fellers schöne Berner Rektoratsrede „Von der alten Eidgenossenschaft“ hingewiesen (wiederabgedruckt in *Schweizerische Akademiereden*, hrsg. von Fritz Strich, Bern 1945, S. 445 ff.).

5. Die *wachsende Institutionalisierung* oder „Bürokratisierung“, d. h. die Versachlichung von immer mehr zwischenmenschlichen Beziehungen, unter der Prägung durch allgemein-gültige Normen und Reglemente, die, massenhaft anwendbar, an die Stelle früher möglicher und geübter spontaner Berücksichtigung individueller Situationen und Bedürfnisse treten.

III.

Diese Grundtendenzen unserer Zeit wirken ganz besonders einer der Voraussetzungen demokratischer Lebensform entgegen: dem Verständnis des am Gemeinwesen Beteiligten für seine gesellschaftliche Umwelt. Der Mensch, der sich seiner wachsenden Orientierungsschwierigkeiten in einer stets flüssiger und undurchschaubarer werdenden Umwelt bewußt wird, unterliegt nur zu oft und leicht der Versuchung, anstatt an der Erweiterung und Vertiefung seiner Verständnisfähigkeit zu arbeiten, auf seine Mitverantwortung zu verzichten zugunsten „höherer Instanzen“, die er gewöhnlich als „Spezialisten für das Gemeinwesen“ betrachtet. Gleichzeitig verändern sich die „Gemeinwesen“ selbst durch die Übertragung von immer mehr Aufgaben von Individuen und freiwilligen Kleingruppen — oder doch überschaubaren Sozialgebilden — auf großräumige Institutionen. Dies entspricht teilweise objektiven, sachlich begründeten Erfordernissen, zu einem anderen, erheblichen Teil jedoch der Neigung zur „Flucht vor der Freiheit“, also vor der eigenen Mitverantwortung, zur Abdankung des Menschen im Singular zugunsten des organisierten Kollektivs.

Wer aber organisiert das Kollektiv, entscheidet und handelt in seinem Namen? Natürlich die Oligarchie der „Fachleute“, der „Spezialisten für Gemeinwesen“. Nun hört aber ein Gemeinwesen, das von Spezialisten geleitet wird, eben hierdurch auf, ein „gemeines Wesen“ zu sein. Die Gegenseitigkeit der Kommunikationen versiegt, und damit die echte Beteiligung. Technisches Fachwissen und Beziehungen zwischen den Spezialisten der mannigfachen, immer wirksamer werdenden gesellschaftlichen Manipulierungsinstrumente werden zu Herrschaftsmitteln von Wenigen über Viele. Die Möglichkeiten wirksamer Kontrolle der Vielen über diese Wenigen werden geringer, aber auch der Wille, die bestehenden Möglichkeiten zu nutzen, schrumpft. Das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber den sozialen „Kreaturen, die wir machten“, greift Platz. In einer repräsentativen Befragung von Franzosen unter 30 Jahren Anfang 1958 meinten nur 4 vH, daß sie irgendwelchen Einfluß auf das öffentliche Leben ihres Landes ausüben könnten. Der Abstand zwischen dem einzelnen und „seinen“ Sozialgebilden wird immer weiter. Durch seine gewählten „Repräsentanten“ — seien es nun Parlamentarier, Verbands-, Gewerkschafts- oder Vereinsfunktionäre — vermag er ihn oft nicht mehr zu überbrücken, denn auch sie sind ihm immer häufiger persönlich unbekannt, fallen also auch nicht als Träger echter Kommunikationen ins Gewicht. (Eine empirische Untersuchung von *Jürg Steiner*, „Die Beziehungen zwischen den Stimmberechtigten und den Gewählten in ländlichem und städtischem Milieu“, die kürzlich im Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart, als Nr. 1 der „Berner Beiträge zur Soziologie“ erschienen ist, ergab frappante Unterschiede in dieser Hinsicht zwischen Stadt und Land im Kanton Bern.)

Wir bewegen uns so in einem *circulus vitiosus*: der Mensch im Singular oder in Kleingruppen fühlt sich hilflos; aber seine Flucht zu dem Großkollektiv und seinen fachmännischen Funktionären macht ihn noch hilfloser. Die wachsende Beanspruchung der Großkollektiva, insbesondere des Staates, als Wohlfahrtssicherungsanstalten macht sie zu neuen Gemeinschaften, die ihren Mitgliedern die verlorene Wärme der durch die Dynamik geschwächten traditionellen Gemeinschaften wiedergeben könnten. Im Gegenteil: die ihnen — oder vielmehr den „Spezialisten-Oligarchien“ — übertragene Macht läßt sie oft über die Anliegen der einzelnen hinwegschreiten und ihre eigene Machterhaltung oder —ausweitung als Selbstzweck verfolgen. Und der einzelne reagiert darauf nicht selten mit achsel-

zuckendem Zynismus, indem er vom Kollektiv möglichst viel verlangt und ihm möglichst wenig gibt. Wenn er Ansprüche an das Kollektiv stellt, spricht er von „uns“, wenn er seinen Beitrag leisten soll, denkt er an das Kollektiv als „es“, an seine Vertreter als „die da oben“. Ein Beispiel unter vielen ist der Poujadismus in Frankreich, dessen Anhänger als Kleingewerbetreibende und Bauern noch mehr staatliche Unterstützung forderten, während sie sich als Steuerzahler für die Abschaffung aller Staatssubventionen begeisterten. Auf diese Weise kann eine Situation entstehen, wie sie *Walter Lippmann* (wie mir scheint, zu extrem) schildert: „Die volkstümlichen Impulse stellen sich den Grundsätzen des öffentlichen Wohles entgegen . . . Daher der Niedergang des Westens unter der Mißherrschaft des Volkes.“²⁾ Fraglich ist hier natürlich: herrscht denn „das Volk“? Die Unpersönlichkeit und Schwerfälligkeit des hypertrophierten und zentralisierten „Sozialapparates“, seine Anfälligkeit gegenüber unsachlichen, schwer kontrollierbaren Beeinflussungen, sein unvermeidliches Versagen gegenüber zahllosen und widersprüchlichen Forderungen erwecken den (irrtümlichen) Eindruck des Versagens „der Demokratie“.

Wir finden also: Jede erhebliche Ausdehnung eines Sozialgebildes und der Zahl seiner Mitglieder und jede Ausweitung der dem Sozialgebilde *als solchem* zugeteilten Aufgaben und Befugnisse — insbesondere dann, wenn es sich um den Staat handelt — bedrohen die Wirksamkeit demokratischer Verfahrensweisen und setzen sie immer stärkeren, vielleicht nicht mehr zu bewältigenden Belastungen aus. *Beides* geschieht heute. Hieraus ergibt sich für den Demokraten, wie mir scheint, eine unausweichliche Folgerung: Der Ausweg kann nur liegen in der Förderung, mit allen nur möglichen Mitteln, der *Dezentralisierung*, der Streuung der Verantwortung und Beteiligung unter möglichst zahlreiche autonome, vorzugsweise kleinräumige, freiwillige Instanzen und, dementsprechend, in dem systematischen Abbau der uniformierenden, institutionellen und autoritären Verfahrensweisen — nicht nur im öffentlichen Leben, sondern — als notwendige Vorbedingung oder Ergänzung — auch in der Familie und Schule, im Betrieb und Verband.

IV.

Demokratie ist eine Lebensform für (relativ) mündige Menschen, Menschen, welche fähig sind, die Vielfalt der Meinungen und Interessen und die Dynamik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur zu ertragen, Menschen, welche die schöpferischen Möglichkeiten einer solchen Situation zu erkennen und zu nutzen vermögen, anstatt sie mit Chaos zu verwechseln und sie mit der Panik der Unmündigen, Halt- und Hegungsbedürftigen zu beantworten. Diese Reaktion ist jedoch heute wieder einmal im Wachsen. Unter dem Jammerruf „Wir brauchen eine Ideologie!“³⁾ bahnt sich wieder einmal ein (geistiger) Kinderkreuzzug einen Pfad — genauer: eine Autobahn — in den Primitivismus. (Ich sage nicht: zurück in die Primitivität; denn diese ist ungewollt und nicht selbst gewählt.) Man sucht wieder einmal die sozialpsychologische Stütze der Überzeugung von dem eigenen, ausschließlichen Besitz des Heilwissens; man will an die Realisierbarkeit absoluter Werte auf Erden glauben können und, hierauf fußend, mit gutem Gewissen intolerant gegen alle Anders- oder Nichtgläubigen sein können, bis zum Extrem der Inquisition. Die Denkschwachen und Verantwortungsmüden sehnen sich wieder einmal — oder noch immer — nach Universallösungen, nach Erlösungsrezepten, nach Ersatzgemeinschaften, in denen sie im Gleichschritt mit möglichst vielen marschieren können, die alle ihresgleichen sind.

2) Walter Lippmann, *Essays in the Public Philosophy*, Boston 1955, S. 179.

3) Wobei sich der verkrampfte, teilweise geschickt manipulierte Charakter der Bewegung in der vorzugsweisen Wahl dieses Begriffes verrät, der einerseits der modernen, die entfaltete Technik der Massenkommunikationsmittel ausnutzenden Propaganda, andererseits der Wissenssoziologie entlehnt ist; viel seltener spricht man schlicht von Ideen oder Idealen. — In einer Diskussion mit Werner Kohlschmidt („Zur Problematik einer ‚Ideologie‘ des Westens“, in *Reformatio* [Zürich] 1957, Nr. 2, S. 76—87), habe ich zu zeigen versucht, daß wir in Wirklichkeit eine gemeinsame „weltanschauungs-ideologische“ Grundlage besitzen, allerdings nicht als geschlossene, fixierte Doktrin, sondern als einen elastischen „Synkretismus von praktischen Werthaltungen“.

Im Grunde handelt es sich um eine Haltung des gesellschaftlichen Infantilismus, geboren aus emotionaler Unterernährung, Angst vor einer unverstandenen Umwelt und Unterlegenheitsgefühl gegenüber dem sogenannten Kommunismus.

Hiermit wird wieder einmal der Boden für charismatische „Führergestalten“ bereitet, die nur ihrer „einmaligen Intuition“ folgen und es leichtfinden, ihre autokratischen Ansprüche plebiszitär zu rechtfertigen.

Man sehnt sich auch nach einem neuen, den gewandelten Umständen angepaßten Stammeskult (da doch der bisherige, nationale, allein offensichtlich nicht mehr ausreichend). Dieser präsentiert sich heute mit Vorliebe mit der Etikette einer „europäischen“ oder „abendländischen“ Einheit. Viele Europäer, die sich durch die Tendenz zur weltweiten „Fundamentaldemokratisierung“ gleichsam entthront fühlen, versuchen hiermit, ihren gefährdeten kollektiven Zentralitäts- und Differenzaffekt zu restaurieren⁴). Wobei sie allerdings gern die Augen verschließen gegen einige der unerwünschten und unvermeidlichen Auswirkungen, unter ihnen die „Pan“-Bewegungen in den nicht-westlichen, sich als Opfer des europäischen Kolonialismus fühlenden „Entwicklungsvölkern“, die unsere — so oft nicht als „Exportartikel“ gemeinten — demokratischen Proklamationen jetzt gegen uns geltend machen und uns nicht nur Emanzipation, sondern auch die Möglichkeit einer künftigen ungeheuren Übermacht militant organisierter „Anti-Europäer“ in Aussicht stellen.

V.

Die Demokratie der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann also nicht mehr eine Demokratie der Idylle — der natürlichen Gemeinschaften kleiner Räume — oder bevorzugter Schichten oder fortgeschrittener Völker sein. Sie muß eine Lebensform für die „Massen“ und auch für die bis vor kurzem im Halbdunkel der Randzonen des Weltgeschehens dahindämmernden „Unterentwickelten“ werden — oder sie wird überhaupt nirgends überleben können. Denn andernfalls werden die Auswirkungen der chronischen inner- oder internationalen Spannungen alle Grundlagen demokratischer Lebensweisen auch in bisher bevorzugten Ländern oder Gesellschaftsschichten untergraben.

Die Aufgabe ist also eine doppelte: erstens, die Demokratie für den Menschen im Singular *erlebbar zu machen*, indem man die seelischen, geistigen und gesellschaftlichen Voraussetzungen zu wirksamer Teilnahme möglichst vieler „Durchschnittsbürger“ an Beratungen und Entscheidungen schafft oder — dort, wo sie bereits bestanden haben — stärkt; zweitens, die Demokratie — nicht als propagandistisches Aushängeschild oder verfassungsrechtliche Fassade, sondern als gesellschaftliche Lebensform — weit über den engen Kreis der bisherigen bevorzugten Völker *auszudehnen*, auf jene immense Mehrheit der heutigen Menschheit, die sich jetzt, von uns aufgerüttelt, aus absolutistischen oder feudalistischen Herrschaftsformen der Vergangenheit löst und neue, bessere Ordnungen anstrebt. Viele von uns erkennen allmählich, daß die zukünftige Haltung dieser Völker der entscheidende Faktor für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen uns und dem sogenannten kommunistischen Machtblock sein wird. Dementsprechend versuchen wir, sie „ideologisch“ auf unsere Seite zu bringen, im Bewußtsein, ihnen eine bessere Alternative als die der totalitären staatssozialistischen Diktatur bieten zu können.

Ob wir eine Chance haben, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob das demokratische Element in unserer eigenen Gesellschaftsordnung immer mehr zu einer lieben Erinnerung, einer blassen Selbstsuggestion oder einer ideologischen Propagandaformel wird — oder ob es in täglichem Erleben zum Ausdruck kommt und somit von täglich gefestigter Überzeugung getragen wird. Nur dann wird Demokratie beispielhaft wirken können.

4) Vgl. hierzu den Aufsatz des Verfassers über „Die Sackgasse der kleineuropäischen Integration“ in Jahrg. X, Heft 5, 1959, der Gewerkschaftlichen Monatshefte.

Der knappe Raum nötigte zu manchen gewagten Verallgemeinerungen. Es kam mir hier darauf an, wenigstens andeutungsweise zu zeigen, daß die Erscheinungen, die auf eine Schwächung der demokratischen Lebensform hindeuten, nicht etwa auf ein bestimmtes Land beschränkt sind, sondern *überall* — wenn auch in verschiedenen Graden — auftreten, und zwar deshalb, weil sie aus allgemeinen, tiefliegenden Tendenzen unserer Zeit entspringen. Diese Tendenzen sind jedoch nicht „schicksalhaft“ determiniert. Sie werden letztlich von den Wertordnungen und Entscheidungen lebender Menschen bestimmt. Die Zukunft der Demokratie wird von unserer Bereitschaft abhängen, die Kluft zwischen den Voraussetzungen der demokratischen Lebensform und den mit ihnen unvereinbaren Tendenzen zu schließen — nicht zuletzt durch Vertiefung und Erweiterung unserer Verständnisfähigkeit und durch die Pflege der *Strategie der Zusammenarbeit* (Elton Mayo), gemäß den neuen Erfordernissen — aber auch den einzigartigen Möglichkeiten — unserer Zeit.